

## Zu diesem Heft

In seinem engagierten „Brennpunkt“ erklärt Roland *Sturm*, dass Europa die Europa-Wahl verlor: Offene Fragen um die Verfassung hätten umstritten werden können und müssen – aber Politiker schwiegen, und das Wahlvolk blieb mehrheitlich zu Hause. – In ihrem anschließenden „Essay“ begründen *Eßer*, *Rieck* und *Tegethoff*, dass unsere Gesellschaft nicht nur eine Elite (für Wirtschaft und Technik) braucht, sondern eine Pluralität von Eliten und deren Vernetzung – mit Konsequenzen auch für die Hochschulpolitik.

Wie ist Russland demokratie-theoretisch einzuordnen? *Heinemann-Grüder* entfaltet Kriterien und kommt zu dem Schluss, dass das Russland Putins als semi-autoritär zu klassifizieren ist und dass die ökonomische Lage und die Präferenzen der Putin-Wähler dies stützen. Der Schlüssel zur Änderung liege in der politischen Ökonomie. – Den Blick gen Osten richten auch die vier Autoren, die das Meinungsbild zur EU-Osterweiterung in drei Ländern ermittelt haben. Sie warnen davor, mit Stimmen der Sorge und Angst negative Stimmung zu machen, weil dies der Situation nicht entspreche und die Gestaltungsmöglichkeiten einschränke.

Uwe *Jun* analysiert die Krise der SPD seit 1998: Wie kann und soll die Partei sich den Problemen von Globalisierung und Demografie inhaltlich-programmatisch, organisatorisch und kommunikationsstrategisch stellen? Ihre Suche nach Identität dauert an. In der Rubrik „Aktuelle Information“ macht uns Heiner *Adamski* in elf Punkten kundig zum neuen Zuwanderungsgesetz (von „Aufenthaltstitel“ bis „Spätaussiedler“) und zum neuen Ladenschlussgesetz: Scheibchenweise sind die Öffnungszeiten in den vergangenen Jahrzehnten ausgedehnt worden; verfassungsrechtlich ist eine Verlagerung der Zuständigkeit vom Bund auf die Länder möglich geworden.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Ökosteuer wird von H. *Pehle* als Lehrstück zur Gewaltenteilung kommentiert: Die Verfassungsbeschwerden behaupteten eine Verletzung von Grundrechten durch das Gesetz. In seiner Zurückweisung bestätigt das BVerfGer die große Entscheidungsfreiheit des Gesetzgebers und die Zurückhaltung des Gerichts (kein Ersatzgesetzgeber) – politische Entscheidungen gehören in den Raum der demokratischen Politik!

„Kontrovers“ wird der Mobilfunk von Marleen *Gambel* dokumentiert: Absurd ist dabei die Diskrepanz zwischen öffentlicher Aufregung über die (geringe) Strahlung von Sendemasten und das private Verdrängen der (deutlichen) Handy-Belastung am Ohr. Wollen hier Bürger ein Problem politisieren, dass sie besser selbst bearbeiten könnten und sollten?

Mehrfach und in verschiedenen Rubriken hat diese Zeitschrift den Kopftuchstreit in Baden-Württemberg und auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts dargestellt und kommentiert. Der Bericht von Volker *Reinhardt* über fächerverbindenden und projektorientierten Unterricht nach dem Urteil belegt überzeugend den Beitrag dieses Vorgehens zur Förderung der politisch-moralischen Urteilsbildung der Lernenden („Didaktische Praxis“).

Wie immer folgen zwei Rezensionen zu Büchern mit politikdidaktischem Schwerpunkt.

In das Dickicht von Rentenkrise und Reformideen schlägt Sven *Stadtmüller* eine „Analyse“-Schneise: Mit fünf Kriterien (finanzwirtschaftliche Effizienz, Versorgungssicherheit, Beitragsäquivalenz, Politik-Resistenz, exogene Immunität) werden Reformoptionen (Alternativen zum und im Umlagesystem) gemessen und bewertet – eine erhellende Übersicht (und zugleich eine hilfreiche Sachanalyse für Unterricht)!

Unsere Leser vermissen nicht – so vermuten wir – Daten und Interpretationen zur Europa-Wahl. Früher haben wir unserer Chronistenpflicht nach Wahlen genügt, aber inzwischen sind Internet-Recherchen so gängig, dass wir solche (zum Zeitpunkt der Drucklegung schon älteren) Daten heute und in Zukunft nicht mehr abdrucken werden.

### In eigener Sache:

Die Herausgeber der GWP teilen voller Freude mit, dass ein neuer Herausgeber hinzugekommen ist: Edmund Budrich übernimmt die Funktionen, die er schon Jahre ausgefüllt hat jetzt auch formal und offiziell.

*Die Herausgeber*